

# Dänemark

Anne Pintz

Die dänische Politik im Zeitraum Sommer 2017 bis Sommer 2018 war stark von innenpolitischen Themen wie den Kommunalwahlen, den Koalitionsstreitigkeiten um Steuersenkungen und der fortschreitenden Verschärfung der Asyl- und Einwanderungsgesetzgebung geprägt. Darüber hinaus beherrschte die Debatte um den Brexit und seine Konsequenzen weiterhin die europapolitische Diskussion und veranlasste führende Politiker, die Rolle Dänemarks in der Europäischen Union strategisch zu überdenken.

## Innenpolitische Entwicklungen

Am 21. November 2017 fanden in Dänemark landesweite Kommunalwahlen statt. Diese wurden im Vorfeld als Kraftprobe zwischen den regierenden bürgerlichen Parteien und den Mitte-Links-Parteien vor der nächsten Parlamentswahl im Frühling 2019 bezeichnet. Während die oppositionellen Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs aufweisen und ihre Position als Dänemarks größte Kommunalpartei ausbauen konnten, mussten ihre beiden stärksten Kontrahenten, die regierende liberale Venstre und die Dänische Volkspartei (DVP), welche die dänische Minderheitsregierung unterstützt, Verluste im Vergleich zur Wahl 2013 hinnehmen. Das oppositionelle rote Mitte-Links-Bündnis wurde mit insgesamt 51,6 Prozent der Stimmen die größte Fraktion in Dänemark; der liberal-konservative blaue Block kam auf 44,7 Prozent.<sup>1</sup> Somit ist das politische Gleichgewicht von Blau auf Rot gekippt, was Spannung für die kommenden Parlamentswahlen verheißt.

Darüber hinaus prägten die Regierungsverhandlungen um Steuererleichterungen die politische Debatte im Winter 2017/2018. Seit Herbst 2017 versuchte die dänische Regierung in Verhandlungen mit dem parlamentarischen Bündnispartner DVP einen neuen Haushalt mit umfassenden Steuersenkungen durchzusetzen. Hauptstreitpunkte waren hierbei Steuererleichterungen für Spitzenverdiener und das Drängen der DVP, dass jede Steuerreform mit einer Verschärfung der Asylpolitik einhergehen muss. Im Dezember 2017 drohte die Koalitionspartei Liberale Allianz die Regierung zu verlassen, wenn die Regierung sich nicht auf Steuererleichterungen einigen könne. Dies hätte einen Zusammenbruch der Regierung bedeutet. Letztendlich beschloss die Regierungskoalition im Januar 2018, ihren Steuerplan für niedrigere Sätze für Spitzenverdiener zu verwerfen, jedoch Steuersenkungen für einkommensschwache Gruppen zu realisieren. Dies war ein Schlag sowohl für die Liberale Allianz, aber auch für die DVP. Dennoch setzen beiden Parteien ihre Teilnahme am bzw. Unterstützung für das regierende Minderheitsbündnis fort<sup>2</sup> und wandten damit

---

1 Kommunal- og Regionsrådsvalg 2017: Resultater, abrufbar unter <https://www.kmdvalg.dk/Main/> (letzter Zugriff: 15.06.2018).

2 Steen A. Jørgensen/Nikolaj Rytgaard: Samuelsen svarer på baglandskritikken: Jeg forstår frustrationerne, men..., Jyllands Posten, 10.01.2018.

das Risiko eines drohenden Regierungszusammenbruchs ab. Obwohl weiterhin fraglich ist, ob die Minderheitsregierung ihre Amtszeit bis Frühling 2019 vollenden können wird, stehen momentane Prognosen hierfür gut.<sup>3</sup>

### **Weitere Verschärfungen in der Asyl- und Migrationspolitik**

Gut zwei Jahre nachdem der Flüchtlingsstrom nach Europa seinen Höhepunkt erreicht hatte, ist die Asyl- und Migrationsdebatte in Dänemark nicht abgeschlossen. Im Januar 2018 sprachen sich die oppositionellen Sozialdemokraten in einem Strategiepapier für Migrationspolitik dafür aus, dass Asylbewerber ihren Antrag in speziell eingerichteten Zentren in Nordafrika stellen sollten. Im Juni des Jahres kündigte die Partei ihre 25-jährige Zusammenarbeit mit der sozial-liberalen Radikale Venstre auf und strebt nunmehr bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahr eine Regierungsbildung ohne die Radikalen an. Der Grund dafür ist vor allem die Einwanderungspolitik, bei der die Radikalen die von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Verschärfungen nur bedingt mittragen wollen.<sup>4</sup> Zur selben Zeit brachte der dänische Premierminister die Idee ins Spiel, abgewiesene Asylbewerber künftig an einem „nicht sonderlich attraktiven“ Ort in Europa unterzubringen. Die dänische Regierung sei momentan dabei, die Pläne für ein solches Zentrum und ein neues Asylsystem mit einigen „gleichgesinnten“ europäischen Mitgliedstaaten zu diskutieren.<sup>5</sup> Damit führen die großen Parteien das seit Jahren andauernde Wettrennen in der dänischen Asyl- und Migrationspolitik in Richtung einer einwanderungskritischeren Ausrichtung fort und bewegen sich zunehmend auf die rechtspopulistische DVP und ihre Forderungen zu. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr zu sehen. Um Stimmen von der DVP zurückzuholen, hatten sich bereits im vergangenen Wahlkampf 2015 immer mehr traditionelle Parteien auf einen solchen Kurs begeben.

Der Anti-Immigrationskurs der dänischen Großparteien spiegelt sich nicht nur in der politischen Debatte wider, sondern auch in der Gesetzgebung, in der man eine stetige Verschärfung der Asyl- und Einwanderungsregeln beobachten kann. Die aktuelle Regierung hat momentan 89 Verschärfungen auf den Weg gebracht,<sup>6</sup> welche generell von einer breiten Mehrheit im Parlament getragen wurden. Zuletzt stellte das dänische Parlament im Mai 2018 die Verhüllung des Gesichtes in der Öffentlichkeit unter Strafe. Das Verbot soll sich dabei vorrangig gegen Gesichtsschleier wie Burka und Nikab richten. Die von der Regierung auferlegten Regeln trafen jedoch nicht nur Asylsuchende, sondern auch andere Bürger aus Nicht-EU-Ländern. Im November 2017 wurde eine US-Wissenschaftlerin, welche ihr Fachwissen außerhalb ihrer Hauptbeschäftigung mit dem dänischen Parlament teilte, rechtlich verfolgt, da sie gegen das Verbot von Nebenerwerbstätigkeit ohne Sondergenehmigung für Ausländer aus Nicht-EU-Ländern verstoßen hatte.

Ein weiteres kontroverses Thema in der dänischen Asyl- und Migrationspolitik war die Debatte um die Fortsetzung der wegen steigender Flüchtlingszahlen im Januar 2016 eingeführten Kontrollen an der Grenze zu Deutschland. Dänemarks Befreiung vom Schengen-

---

3 The Economist Intelligence Unit: Denmark, abrufbar unter <http://country.eiu.com/denmark> (letzter Zugriff: 15.06.2018).

4 Christine Cordsen: Mette Frederiksen går til valg på socialdemokratisk et-parti-regering, DR Nyheder, 04.06.2018.

5 Berlingske: Lars Løkke varsler nyt europæisk asylsystem: Vil samle flygtninge uattraktive steder, 05.06.2018.

6 Udlændinge- og Integrationsministeriet: Gennemførte stramninger på udlændingeområdet, abrufbar unter <http://uim.dk/gennemførte-stramninger-pa-udlaendingeområdet> (letzter Zugriff: 15.06.2018).

Abkommen lief offiziell am 12. November 2017 aus. Seit Beginn des Jahres hatte die Europäische Kommission wiederholt betont, dass die dänischen Grenzkontrollen nach diesem Zeitpunkt nicht verlängert werden könnten, da der Zustrom der Flüchtlinge abgeebbt sei. Allerdings hatte die Kommission auch signalisiert, dass sie mit weiterführenden Grenzkontrollen einverstanden sei, wenn Dänemark dies zusätzlich mit der Abwehr von Terroristen begründen würde. Im November 2017 und Mai 2018 verlängerte die dänische Regierung die Kontrollen an der Grenze zu Deutschland um jeweils ein halbes Jahr, wobei sie die Maßnahmen sowohl mit dem hohen Zustrom von Migrant\*innen, als auch mit ausgewiesener Terrorbedrohung rechtfertigte.<sup>7</sup> Durch diese Ergänzung konnten die Kontrollen nicht nur verlängert, sondern auch ausgeweitet werden. So beschloss das dänische Parlament im Dezember 2017, die Kontrollen an den Grenzübergängen nach Deutschland durch automatische Nummernschild-Scanner, Kontrollhäuschen und weitere Maßnahmen zu verschärfen.<sup>8</sup> Seit Ende September hat Dänemark auch bewaffnete Soldaten eingesetzt, was auf Kritik in Deutschland stieß.

### **Brexit: Debatten und Konsequenzen**

Die Debatte um die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen des Austritts Großbritanniens aus der EU nahm weiterhin eine große Rolle in Dänemark ein. Unabhängig davon, welchem Model das britische Ausscheiden letztendlich folgen wird, befürchtet die dänische Wirtschaft negative Auswirkungen auf ihre wirtschaftliche Tätigkeit und auf volkswirtschaftliche Ziele. Auch konnten mögliche Vorteile aus dem Wegzug von EU-Behörden aus Großbritannien nicht realisiert werden. Im Februar 2017 hatte die dänische Regierung sich offiziell mit Kopenhagen um den neuen Hauptsitz der European Medicines Agency beworben. Im November 2017 wurde jedoch bekannt, dass Kopenhagen in der vorletzten Wahlrunde gegen Amsterdam und Mailand ausgeschieden war.

Darüber hinaus herrscht in Dänemark große Einigkeit, dass Großbritanniens Entscheidung, die Europäische Union zu verlassen, auch für die tägliche Zusammenarbeit in der Union von großer Bedeutung sein wird. Großbritannien ist, wie Dänemark, ein starker Befürworter des Binnenmarktes, der gegen marktbeschränkende Maßnahmen kämpft. Zudem vertritt Großbritannien die Interessen der Länder, die nicht Teil der Eurozone sind und die weiterer politischer Integration skeptisch gegenüber stehen. Das stimmenstarke Großbritannien stimmte dabei im Ministerrat häufig mit Dänemark. Dänemark wird also einen einflussreichen Koalitionspartner verlieren, wenn es darum geht, neue EU-Rechtsvorschriften nach staatlichen Vorlieben zu gestalten. Aus politischer Perspektive bedeutet der Brexit für Dänemark somit, dass das Land neue Verbündete finden muss, damit die Union sich nicht zu sehr in Richtung mehr Föderalismus und Protektionismus bewegt. Hierfür steht die Regierung, unter anderem, bereits mit Vertretern aus Ländern in Mittel- und Osteuropa in Kontakt.<sup>9</sup> Darüber hinaus hat der dänische Premierminister begonnen, eine breitere Debatte über die Beziehungen Dänemarks zur Europäischen Union zu führen. Hintergrund hierfür ist die Befürchtung, dass die umfangreichen dänischen Rechtsvorbehalte letztendlich dazu führen werden, dass Dänemark ein zweitrangiges Mitglied in einer immer stärker integrierten Europäischen Union wird. Im Kern dieser Befürchtung steht die Erwartung, dass in den kommenden Jahren der französische Präsident Emmanuel Macron

7 DR Nyheder: Grænsekontrol ved dansk-tysk grænse fortsætter, 13.04.2018.

8 Jyllands Posten: Fakta: Finanslov styrker grænsekontrol med millioner, 08.12.2017.

9 Mads Dagnis Jensen: Lektor om Brexit: Danmark mister en vigtig allieret, Altinet, 11.04.2018.

zusammen mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel auf engere Zusammenarbeit in genau den Bereichen drängen wird, in denen Dänemark ein opt-out hat: in den Bereichen Justiz und Inneres, Verteidigung und der Wirtschafts- und Währungsunion.<sup>10</sup>

Dänemark galt lange Zeit, wie Großbritannien, als einer der eher euroskeptischen EU-Mitgliedstaaten. Jüngste Umfragen von April 2018 zeigen allerdings, dass der Euroskeptizismus in Dänemark seit dem Brexit-Votum an Unterstützung verloren hat. Sollten die dänischen Wähler heute über einen Austritt Dänemarks entscheiden, würden dies 55 Prozent der Dänen ablehnen; nur 28 Prozent würden dem zustimmen. Bei einer ähnlichen Umfrage vor dem britischen Referendum fiel dieses Ergebnis noch weniger eindeutig aus. Die Umfragen legen hierbei nahe, dass diese Veränderung mit den immer deutlicher werdenden Folgen des britischen Ausscheidens aus der Europäischen Union zusammenhängt.<sup>11</sup> Dennoch beheimatet Dänemark weiterhin starke euroskeptische Parteien. Insbesondere die DVP drängt auf eine ‚britische Lösung‘. 2015 entstand zudem eine neue nationalkonservative euroskeptische Partei, die Neue Bürgerliche, die vermutlich nach den Wahlen 2019 in das Parlament einziehen wird. Auch diese Partei fordert ein Referendum über die Zukunft Dänemarks in der Europäischen Union. Dänemarks Rolle und Zukunft in der Europäischen Union stehen damit weiterhin in der Diskussion.

Zur gleichen Zeit hat der Austritt Großbritanniens aus der Union weitreichende Konsequenzen für Dänemarks Position bei den Verhandlungen des mehrjährigen Finanzrahmens der EU: „Wir sind der Meinung, dass eine kleinere EU auch einen kleineren Haushalt bedeuten muss“, so der dänische Premierminister. „Der nächste mehrjährige Finanzrahmen muss diese reduzierten Finanzkapazitäten der EU auch widerspiegeln.“<sup>12</sup> So stieß der von der Europäischen Kommission Anfang Mai vorgelegte Haushaltsvorschlag und die darin enthaltenen Erhöhungen der nationalen Beiträge bei der dänischen Regierung wie zu erwarten auf Widerstand. Während die meisten europäischen Mitgliedstaaten diese Strategie unterstützen, um dem britischen Austritt und den neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen, findet sich Dänemark damit in einer Koalition mit den Nettozahlern aus Österreich, den Niederlanden und Schweden.

## Fazit

Aus europapolitischer Perspektive verlief das vergangene Jahr in Dänemark ohne große Vorkommnisse. Wie schon im Vorjahr war die politische Debatte von innenpolitischen Konflikten, der weiterhin währenden Migrations- und Integrationsdebatte sowie vom Austritt Großbritanniens aus der EU geprägt. Innerhalb der EU, sei es in den Brexit-Verhandlungen oder den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen, wird Dänemark fortgesetzt nationale Interessen betonen, um für das eigene Land das Beste herauszuholen. Nichtsdestotrotz ist die momentane dänische Regierung gern Mitglied der EU – solange der Einfluss aus Brüssel nicht überhandnimmt.

## Weiterführende Literatur

Catharina Sørensen/Anders Wivel: Danmark efter Brexit: Business as usual eller en ny begyndelse for dansk europapolitik?, Internasjonal Politikk, 2017.

---

10 Bjarke Møller: Tænk tanken Europa: Danmark har ikke råd til at ende på EU's yderste gren, Altinget, 25.04.2018.

11 Ole Vigant Ryborg: Danskernes opbakning til EU-medlemskab er vokset markant siden brexit, DR Nyheder, 29.03.2018.

12 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Dänemark verlangt kleineren EU-Haushalt, 12.04.2018.